

„Bremse für Stallbauten greift nicht“

hab **HANNOVER.** Betont kritisch haben SPD und Linke auf den Vorstoß von Landwirtschaftsminister Gert Lindemann (CDU) reagiert, Landkreisen mit besonders hoher Viehdichte die Möglichkeit zu verschaffen, neue Riesenställe zu verhindern.

Übereinstimmend sprachen beide Fraktionen gestern von einem halbherzigen Schritt. „Der Neubau von Großmastanlagen sollte grundsätzlich genehmigungspflichtig sein, sonst haben wir in wenigen Jahren beispielsweise in den Kreisen Ammerland, Leer, Aurich oder Celle dieselbe Situation wie in den vier Problem-Landkreisen Emsland, Grafschaft Bentheim, Vechta und Cloppenburg“, sagte die agrarpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Andrea Schröder-Ehlers.

Die Politikerin äußerte die Vermutung, dass ein erheblicher Teil der Neubaupläne nicht aufgegeben, sondern in anderen Landkreisen umgesetzt würde. „Lindemanns Stallbau-Bremse greift deshalb nicht“, meinte Schröder-Ehlers.

Die agrarpolitische Sprecherin der Linken-Fraktion, Marianne König, schlug in die gleiche Kerbe. Lindemanns Vorschlag reiche nicht aus, weil er die Ausmaße der Massentierhaltung nicht eindämme, kritisierte die Osnabrücker Abgeordnete. Sie forderte eine Verschärfung von Vorschriften.

„Das Baugesetzbuch, die Düngeverordnung, das Wasserrecht und die Immissionsschutzverordnung sind zu lasch“, so König. Sie forderte ein Emissionsregister und eine Begrenzung der Viehdichte auf 1000 Kilo pro Hektar.